



Sitzungsvorlage

Nr.:	224/2006
ausgefertigt am:	16. November 2006
Fachamt:	Naturschutzamt
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none">- Umweltausschuss- Kreisausschuss

Europäisches Schutzgebietssystem „Natura 2000“ Richtlinie des Rates über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten; Nachmeldung von EU-Vogelschutzgebieten hier: Erweiterung des Gebietsvorschlages V 27 „Unterweser“

Gemäß Artikel 4 der EU-Vogelschutzrichtlinie sind die EU-Mitgliedsstaaten (in der Bundesrepublik Deutschland die Bundesländer) verpflichtet, die flächen- und zahlenmäßig geeignetsten Gebiete für Arten des Anhangs I der Richtlinie (Art. 4 Abs. 1) und für Zugvogelarten (Art. 4 Abs. 2) zu besonderen Schutzgebieten (BSG, Europäische Vogelschutzgebiete) zu erklären und der EU-Kommission für die Bildung des ökologisch vernetzten Schutzgebietssystems „Natura 2000“ zu melden.

Niedersachsen hat bereits 61 Vogelschutzgebiete zur Meldung an die Kommission weitergeleitet. Mit Sitzungsvorlage Nr. 115/2006 wurde mitgeteilt, dass die EU-Kommission mit einer sog. mit Gründen versehenen Stellungnahme gemäß Artikel 226 Abs. 2 EGV (Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft) am 10.04.2006 erklärt hat, dass sie die bisherigen Vogelschutz-Gebietsmeldungen Deutschlands weiterhin als unvollständig ansieht. Sie fordert die Bundesrepublik darin auf, die von der Kommission genannten Mängel zu beheben, anderenfalls werde sie beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen die Bundesrepublik erheben.

Nach einer fachlichen Überprüfung der Bewertungen der EU-Kommission hat das Niedersächsische Umweltministerium weitere Vogelschutz-Gebietsvorschläge erarbeitet. Damit sollen die festgestellten Meldedefizite Niedersachsens beseitigt werden.

Schwerpunkt der Nachmeldevorschläge ist der Küstenraum in den Landkreisen Aurich, Leer, Wittmund, Friesland, Wesermarsch und der Stadt Emden. Im Landkreis Cuxhaven ist auch eine Erweiterungsfläche an das bereits bestehende Vogelschutzgebiet V 27 „Unterweser“ vorgesehen. Die Erweiterungsfläche ist eine Wattfläche in der Größe von ca. 98 ha und grenzt nördlich an das Deichvorland der Großen Luneplate an. Nach Informationen des Umweltministeriums erfolgt die Ausweisung um einen bedeutenden Teillebensraum wertbestimmender Vogelarten in das bestehende Schutzgebiet zu integrieren.

Die Gebietsbeschreibung sowie die geplante Abgrenzung des Gebietes sind als Anlagen beigelegt.

Stellungnahme des Landrats:

Die beabsichtigte Nachmeldung von EU-Vogelschutzgebieten im Bereich vor der Luneplate wird äußerst kritisch beurteilt. Seit einiger Zeit ist norddeutschlandweit eine spürbar gestiegene Nachfrage nach Industrie- und Gewerbeflächen am Wasser bzw. mit Zugang zum Wasser festzustellen. Unsere Region ist mit industriell nutzbaren Flächen am Wasser nicht reich gesegnet.

Auf der Luneplate ist regionalplanerisch eine Fläche von rund 200 Hektar für hafenindustrielle Anlagen ausgewiesen. Entsprechende Ausweisungen sieht auch der Flächennutzungsplan der Gemeinde Loxstedt vor. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis spätestens nach Eigentumsübergang der Flächen an Bremen bzw. Bremerhaven ein künftiges GI oder SO Luneplate überplant und marktgerecht erschlossen werden soll. Zur Erschließung kann auch gehören - und bei der Ausweisung von hafenindustriellen Flächen ist das ein notwendiges Annex - , durch Bau eines Anlegers die Flächen direkt an das Fahrwasser der Weser anzubinden. Auch im neuen Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen 2006/2007 wird ein Vorranggebiet für hafenorientierte wirtschaftliche Anlagen auf der Luneplate festgelegt. Begründung war und ist die besondere Lage am seeschifftiefen Wasser. Mit der vorgesehenen Abgrenzung der EU – Vogelschutzgebiete V27 und

V27 A wird allerdings der Zugang zum seeschifftiefen Wasser abgeriegelt bzw. erheblich erschwert, sodass eine entsprechende Anbindung des Gewerbegebietes nicht erfolgen kann.

Daher wird die niedersächsische Landesregierung dringend ersucht, bei der Ausweisung des V 27 A auf der Luneplate einen Streifen von ca. 500 Meter Breite von der jetzigen Stadt- und Landesgrenze zu Bremerhaven nicht auszuweisen, um die Umsetzung der Ausweisung von LROP, RROP und Flächennutzungsplan weiterhin zu ermöglichen, um ggf. über eine Lenkbrücke die Anbindung an das seeschifftiefe Fahrwasser herzustellen. Auch die EU-Schutzgebietsfestlegungen des bisherigen V27 sollten daher in einem entsprechenden Korridor zurückgenommen werden.

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird beauftragt, im Sinne der Vorlage dem Niedersächsischen Landkreistag über die Bedenken des Landkreises Cuxhaven zur Gebietsausweisung in Kenntnis zu setzen

Bielefeld